

# Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Dresden, 1897

**Pfand-Condensirte Milch**  
Beste Kindernahrung.  
Dresdner Molkefabrik.

Das Putz- & Mode-Magazin  
J. M. Horschatz  
Kleiderfabrik, Strohhutfabrik, Altmarkt 6, gegründet 1877.  
betreibt stets nur das Beste und Beste zu billigsten Preisen.

Closets & Badeartikel  
Friedrich Gappisch  
Dresden A. Marienstr. 11.

**R. Beyer** - Papier-Fabrik-Lager  
Papier-Grosshandlung - Am See 16  
Größtes Lager aller Sorten Pappen und Packpapiere, Formate und Rollen in allen Grössen, Schreib-, Post-, Druck- und Umschlag-Papiere, Immiter, - feinsticht - echt - und Butter-Pergament, Weisses und farbige Seidenpapiere, Gießschichtpapiere, - Billigste Preise, - Prompte Bedienung.

Grosses Lager  
**Garten-Schläuche**  
Reinhardt Leupolt, Dresden-A. Wettinerstr. 25. Telefon 239.

**C. Heinrich Barthel**  
Neueste Putz- und Modewaarenhaus Modelle  
Waisenhausstr. 30, Fernspr. I, 3390.

**Photographie von Hahn's Nachf.**  
Str. 171. Spiegel: Schwebende Negativkameras, Fernsicht, Schiedsgericht, Dresdner Kaufmannschaft, Logenführer, Gesichtsbildungen, Die Hauptstädte, Papa Ritsche.

Spezialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitenkarten-Photographien 12 St. 6 Mk., Lebensgrosse Brustbilder in Gel oder Pastell von 100 Mk. an in anerkannt künstlerisch. Ausführung.

**Jetzt: Waisenhausstrasse 16,**  
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.  
Fernsprecher: Amt I, Nr. 4585.

## Politik.

Die parlamentarischen Körper haben in Berlin heute ihre Tätigkeit wieder auf der Reichstage, um zunächst die Handwerkerentwürfe unter Tisch und Stuhl zu bringen, das preussische Abgeordnetenhaus, um nochmals über den Torso der Vereinigungsgesetze abzustimmen. Die Volksboten dürfte indes in dem gegenwärtigen Augenblicke weniger das Schicksal dieser beiden Gesetze, als die schwebende Regierungssituation interessieren, über deren Ursache, Umfang, Dauer und Verlauf noch immer ein mysteriöser Schleier gedehnt ist. Die Politik der Unbeständigkeit und Unberechenbarkeit hat wieder einmal einen Höhepunkt erreicht. Die Volksvertretungen wissen nicht mehr, wen sie überhaupt noch als verantwortlich für die Regierungspolitik ansehen sollen. Niemand, welcher Partei er auch angehören mag, wird sich der Ueberzeugung mehr verschließen können, dass die Fortdauer solcher Zustände schliesslich zum vollständigen Versinken der Regierungsgewalt führen muss, die seit sieben Jahren beliebt wird. Es mag die Autorität jeder Regierung, wie sie auch zusammengesetzt sein mag und selbst wenn sie über die wichtigsten Kräfte verfügt, von vorn herein illusorisch machen, wenn die verantwortlichen Leiter sich völlig außer Stande sehen, zu berechnen, ob und wie lange sie in der Lage sein werden, einen mehrwöchigen Einfluss auf die Politik, die sie verfolgen wollen, auszuüben. Minister, die nicht die Fähigkeit besitzen, eine selbstständige, politische Richtung zu vertreten, die gar nicht einmal die Verantwortung für die Richtlinien der Politik übernehmen können, weil sie nicht voraus zu sehen vermögen, ob morgen noch vorwärts oder schon rückwärts oder seitwärts gesteuert werden soll, solche Minister können niemals dasjenige Maß von Ansehen und Vertrauen beim Parlament und im Volke haben, das unbedingt erforderlich ist, wenn erfolgreiche politische Leistungen erzielt werden sollen. So ist es dahin gekommen, dass die Stellung Herrn v. Bötticher's unhaltbar geworden ist, weil er die Angriffe Eugen Richters, die den letzten Akt des ministeriellen Auftritts des Staatssekretärs des Innern verzeichneten, schweigend über sich ergehen lassen musste, weil er die von dem Oppositionsführer gebrauchte Handlungspolitik zu bestreiten nicht mehr wagen durfte. Wo bleibt schließlich bei diesen Umständen die Autorität der Minister der ihr untergebenen Beamtenchaft gegenüber? Die in den „Domb. Nacht“ ausgesprochene Befürchtung ist leider nicht ungerichtet, dass die strenge Justiz, in welcher sich das aus der Schule der preussischen Tradition hervorgegangene Beamtenkorps selbst zu halten genötigt war, eine Vorkierung erfahren hat, die, wenn sie anhielt, zu den beklagenswertheiten Folgen führen müsste.

Angeht die schwebende Regierungssituation wäre es in erster Linie Pflicht der Wortführer der konservativen Partei, der doch die Erhaltung der staatlichen Autorität besonders am Herzen liegen muss, in den Parlamenten nachdrücklicher als es bisher in der konservativen Presse geschehen ist - selbstverständlich in würdigen Formen und innerhalb der Schranken der Loyalität - auf die beschwerlichen Folgen der anhaltenden Unzulänglichkeit der herrschenden Regierungsgewalt hinzuweisen. Man sollte hier die Kritik nicht der Opposition überlassen, die damit keinen anderen Zweck verfolgt, als daraus Kapital für die bevorstehenden Wahlen zu schlagen. In der That ist dies bereits in einer Weise gelungen, dass die nächsten Wahlen, wenn nicht rechtzeitig eine entscheidende Wendung eintritt, zu einem so desaströsen Ergebnis führen werden, dass die Führung einer nationalen und staatsbehaltenden Politik im Reich kaum noch möglich erscheinen wird. Schon jetzt ist der „Bug nach links“ unverkennbar. Das der Kurs der oppositionellen Parteien bedeutend gelehrt ist, haben diese freilich nicht ihren eigenen Verdiensten und Leistungen zu verdanken. Selbst in den Organen der konservativen Partei vermag man sich der Einsicht, dass die Linkströmung wächst, nicht mehr zu verschließen. So erblickt z. B. die „Kreuztg.“ in dem Schwellen der Regierungspolit. „Nur zu deutlich“ schreibt dieses Blatt, „war bis in die untersten Schichten des Volks erkennbar, dass die Regierung zwei Seelen in ihrer Brust fühlte, und alle offiziellen Behauptungen, sie sei „homogen“, vermochten darüber nicht hinwegzutäuschen. Dazu kamen die häufigen Wendungen des Staatssekretärs. Dit wurde nach einer bestimmten Richtung hin ein energischer Vorkampf unternommen, aber schon nach wenigen Tagen wendete man um. Bald wurde Stellung gegen die Freisinnigen, bald gegen die Agrarkonservativen genommen, sobald man zuletzt kaum mehr wählte, welche Parteien die Regierung als feindlich und welche sie als befreundet ansah. Es war eine Politik, zu deren Bezeichnung das geflügelte Wort: „Sitzackens“ in Aufnahme kam. Solche Zustände nähern naturgemäß am meisten den Parteien, die von der Agitation leben und anti-autoritär gerichtet sind. Denn erscheint die Regierung unsicher und schwankend, so muss das natürlich allen Parteien, welche gegen die Autorität kämpfen, Wind in die Segel geben.“

Es eine Besserung zu erwarten? In Bielefeld hat der Kaiser sein Programm kurz durch folgende Worte fixiert: „Schub der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rückhaltlose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern.“ Bei dem Festspiel im Gärtchen in Köln hat

der Monarch noch weitestgehende Ergänzungen hinzugefügt, indem er die Erhaltung des Friedens als vornehmstes Ziel der auswärtigen Politik hervorhob und zugleich die Aufgabe betonte, nach außen die Ehre des Reiches in jeder Weise hochhalten zu können, weiterer vaterländischer Arbeit und der Industrie der produktiven Stände die wichtigsten zu sichern und zu erhalten, die wir brauchen. „Mein Wunsch ist“, sagte Kaiser Wilhelm ferner in Köln, „die Bahnen meines Großvaters zu wandeln.“ Niemand war mehr besessen, in vielen Wahlen das Staatschiff mit leiser erprobter Hand zu lenken als Fürst Bismarck, nach dem heute selbst seine verbitterten Gegner Sehnsucht empfinden. Der große Kanzler mag gehen, obwohl das Programm des Kaisers im Großen und Ganzen sein eigenes ist, und nach Bismarck müssten auch alle diejenigen Männer in leitender Stellung über kurz oder lang wieder abtreten, die Charakter und Selbstständigkeit des Willens betonen und deshalb nicht dazu fähig sind, etwas ausrichten zu können. Gebiligt sind und gewirkt haben seitdem die Spandauer, die Männer, deren Ehrgeiz darin bestand, bloße Vollstrecker fremden Willens zu sein. Man wird voraussehen dürfen, dass das hiesige veränderte Programm des Kaisers auch das des Herrn v. Miquel ist, von dem alle Welt jetzt annimmt, dass er dazu berufen ist, die Führung in der Regierung zu übernehmen, wenn auch vorläufig noch unter der alten Firma Hohenzollern. Die Hauptfrage ist die, ob auch die Art der Ausführung dieses Programms durch Miquel dauernd die Zustimmung des Reiches behalten wird. Es wird verifiziert, dass Miquel zunächst die notwendige Voraussetzung für jede erfolgreiche Politik, die volle Einheitslichkeit und Geschlossenheit im Reich wie in Preußen, schaffen wolle. Und dem aber liegt ihm einmal die Garantie gebühren worden, dass in Zukunft diese Einheitslichkeit und Geschlossenheit der Regierung nicht mehr von außen durch unvorhergesehene Antriebe und unkontrollierbare Einflüsse durchbrochen und aufgehoben werden? „Dr. v. Miquel“, heisst es weiter, „wird weitestgehend ein strenges Regiment führen und die Fingel strom in der Hand halten, im Reich wie in Preußen. Das entspricht seinem Naturell, das aus Heredität gerichtet ist. Er wird ohne Zweifel das preussische Staatsministerium in ähnlicher Form leiten wollen, wie Fürst Bismarck die Stellung des Premierministers bekleidete.“ Fürst Bismarck ist ja aber deswegen gefürchtet, weil er ein strenges Regiment führte, weil er die Fingel strom in der eigenen Hand führen wollte. Der Kaiser wollte sein eigenes Regiment sein. Soll das fernerhin nicht mehr der Fall sein? Der Krone gegenüber, meint die „Kreuztg.“ hat Herr v. Miquel keine Selbstständigkeit noch nicht erprobt. Darauf kommt es aber in der Hauptsache an, und das ist es, was vor allem im Reich wie in Preußen notwendig ist, dass der leitende Minister dauernd das volle ungeschwächte Vertrauen der Krone besitzt, d. h. dass seine Willensenergie nicht durch irgend welche plötzliche Willensschwankungen und Strömungen, über die er keine Macht hat, gehemmt oder lahm gelegt wird. Minister ohne Autorität der Krone gegenüber und ohne das feste Vertrauen der Krone können nicht Anspruch auf Autorität und Vertrauen seitens des Parlaments und des Volkes erheben. Das gebräuchliche heilige ruhige sichere Regiment in unserem engeren Vaterlande Sachsen bedanken wir nicht zuletzt dem Umstände, dass unter ebenen vorbildlicher Monarchie die verantwortlichen Rathgeber, denen es einmal als den rechten Männern an rechten Wägen sein Vertrauen geschenkt hat, mit seinem Vertrauen selbst, damit sie auch wirklich die Pflicht der eigenen Verantwortlichkeit in dem vorerwähnten staatsbehaltenden Sinne selbstständig betreiben können.

## Fernschreib- und Fernpred-Verichte vom 21. Juni.

\* Berlin. Die heutige von 700 Personen besuchte außerordentliche Generalversammlung des Vereins Berliner Getreide- und Brodrentenbändler sprach ihr Einverständnis mit den Vorschlägen des Vorstandes aus und erklärte ihr volles Vertrauen, dass man in dem dem Handelstande aufzugehenden Kampfe nicht erlahmen, denselben vielmehr mit allen Kräften fortsetzen und nicht eher ruhen werde, bis dem Kammerstande die ihm als produktivem und unentbehrlichem Faktor des nationalen und wirtschaftlichen Lebens gebührende Stellung in der Gesetzgebung und im sozialen Verkehr wieder eingeräumt sei.

Berlin. Der deutsche Kaiser wird bei dem Gegenbesuch, den er im August dem russischen Hof abstattet, vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe begleitet sein. - Das preussische Staatsministerium ist heute unter Vorhild des Fürsten Hohenlohe zu einer Sitzung zusammengetreten. Der Kaiser hat, wie der „Reichsanzeiger“ amtlich bekannt gibt, nach Waghabe des Welches vom 17. März 1870 zur Stellvertretung des Reichskanzlers im Bereiche der Väterverwaltung den Staatssekretär Kontreadmiral Lipitz beauftragt. - Die offizielle „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: An die Spitze der Beratung des Herrn Finanzministers von Wilschaden nach Berlin, wie an das Gericht, der Staatsminister v. Bötticher beabsichtigt, vom Reichsamt des Innern Ministerpräsidenten, werden in der Presse die mannigfachen Vermuthungen geknüpft, welche den Ereignissen weit vorauseilen. Eine Widerlegung im Einzelnen halten wir zur Zeit für unnötig, solange der thatsächliche Boden dazu fehlt. Nur das Eine möchten wir schon jetzt zurückweisen, dass Fürst Hohenlohe beabsichtigt, sich auf den „Alten-Teil der auswärtigen Angelegenheiten“ zurückzuziehen, die ausschließliche Leitung der inneren Politik aber anderen Händen zu überlassen. Solange Fürst Hohenlohe Reichskanzler und Ministerpräsident ist, kann er sich der Leitung der inneren Angelegenheiten Preußens und des Reiches nicht entziehen. Eine selbstständige Vertretung für die gemeinsame innere Politik Deutschlands und Preußens ist unabhängig vom Reichskanzler und Ministerpräsidenten nach der Bestimmung nicht zulässig. - Die „Kreuztg.“ schreibt: Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Bötticher und v. Marschall dürfte in absehbarer Zeit erfolgen. Ueber den Nachfolger des Letzteren steht noch nichts fest, aber es ist wohl anzunehmen, dass er dem Reize der im auswärtigen Dienste erlangenen Diplomatenaufgehoben wird. Dem Finanzminister Dr. v. Miquel soll die Aufgabe zufallen, einmal den Reichskanzler zu entlasten, und zwar nicht bloß formell, dann aber die feste Einheitslichkeit der inneren Politik Preußens auch in ihrem Zusammenhang mit der deutschen zu erzielen. Unentschieden ist bis jetzt die Art, wie dies zu erreichen ist. Entweder übernimmt Dr. v. Miquel die Stelle des Dr. v. Bötticher und damit zugleich die formale und reale

Vertretung des Reichskanzlers für die innere Politik Deutschlands und Preußens, in letzterem als Vizepräsident des Staatsministeriums, vermuthlich legt er dann die Leitung des preussischen Finanzministeriums nieder und erhebt im Staatssekretär Grafen v. Posadowski seinen Nachfolger, oder der Eintritt Dr. v. Miquel's in die Spitze des Reiches wäre auch so denkbar, doch er, ohne ein besonderes Heft zu übernehmen, und unter Beibehaltung des preussischen Finanzministeriums, Stellvertreter des Reichs Oberpräsident im Reich und Preußen wird. In diesem Falle dürfte vielleicht Graf v. Posadowski Nachfolger des Ministers v. Bötticher werden. Sollte aber Finanzminister Dr. v. Miquel, sei es in Rücksicht auf seine Gesundheit, sei es in der Ueberzeugung, die Parteiverhältnisse des Reichstages ständen einer gebrüchlichen Entwicklung der inneren Politik des Reiches unter seiner Leitung als zu erzwingende entgegen, seine Tätigkeit auf Preußen beschränken, so würde er doch die Leitung des Finanzministeriums beibehalten und Vizepräsident des Staatsministeriums werden. Das würde er freilich mit dem Abgang des Ministers v. Bötticher als nächstfolgender Minister formell wohl auch angenommen sein. - Das Gerücht vom Rücktritt der Minister v. v. Rede und Bredel ist der „Kreuztg.“ zufolge ganz unbegründet, ebenso die Meldung, Minister v. Bötticher werde Oberpräsident von Schleswig-Holstein werden. Für diesen Posten ist nach wie vor der jüngere Minister des Innern Herr v. Köller in Aussicht genommen. Das Herr v. Bötticher später aber ein Oberpräsident erhalten wird, darf wohl als selbstverständlich gelten. - Dem „Domb. Korresp.“ wird aus Berlin geschrieben: Herr v. Marschall erklärte Kaiserlichen bestimmen, dass er seine Nachfolge in das Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes als selbstverständlich ansah; Niemand sehe ein Zeichen dafür, dass für ihn ein Nachfolger gesucht werde. - Der „Nat. Ztg.“ wird aus Weimar geschrieben: Die Weite unterer Großherzog zur Feier seines 70. Geburtstags nach Schwerin an den Hof des Regenten Johann Albrecht, seines Schwagerbruders, ist von Angehörigen begleitet, die ihr eine größere Bedeutung beilegen schienen, als ein Familienfest beantracht. Es ist an sich schon wahrscheinlich, dass der Großherzog auf dem Wege nach Schwerin nicht unbemerkt an dem benachbarten Friedrichsruh vorbeiziehen wird, so spricht für eine Begegnung mit dem Fürsten Bismarck nach der Umhau, dass Herzog Johann Albrecht bereits den Fürsten in Friedrichsruh ausgesucht hat. Da nun vor einigen Tagen der hiesige preussische Gesandte v. Reichard auf der Fahrt vom Großherzog in längerer Audienz empfangen worden ist, so ist der Gedanke nicht abzuweisen, dass der Großherzog nach anderer Motive als eine persönliche Begegnung für Bismarck nach Friedrichsruh führen. - Wie aus Gießen gemeldet wird, soll Dr. Bötticher die Leitung der gesamten preussischen Wohlfahrtsvereine übernehmen, welche ein selbstständiges Heft für sich bilden. - Der in der musikalischen und literarischen Welt mit so großer Spannung erwartete Prozess der Musikdirektoren H. Tappert und Adorowit wider den Schriftsteller Dr. Ulrich Kemmerer wurde heute vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelt. Der Rechtsanwalt des Beklagten hat eine große Zahl von Zeugen und Zeuginnen, die der musikalischen Welt angehören, geladen. Ein Theil von ihnen hat sich durch Anwesenheit von Berlin entschuldigt, darunter Kammerdiener Göbe und Frau, die in Karlsbad weilen, Georg Webling, der eine Kalmusier-Vollant aufgezogen hat u. A. Der Andrang zu dem kleinen Sitzungssaal war so stark, dass der Beginn der Verhandlung längere Zeit verzögert wurde. Als die Sache vom Gerichtsdiener aufgerufen wurde, stürzte und drängte das Publikum so, dass weder die Parteien noch deren Vertreter Zugang fanden, und der Vorsitzende nur durch wiederholten energischen Hinweis auf den Hausfriedensbruch Paragrafen den notwendigen Platz schaffen konnte. Nach längerer Verweilnahme wurde der Prozess verlagert. In einem weiteren Verhandlungstermin sollen neue Zeugen erwidert werden. Hamburg. Der „Boden-Tampier „Gotha“, der am 18. Juni mit Mitgliedern nach Weimar abgegangen war, erwiderte anlässlich der englischen Kasse Feuer im Schiffsaum. Er kehrte nach Hamburg zurück, wollest er vergangene Nacht eintraf. Die Feuerwehre löschte mit sechs Kohren das Feuer.

Hamburg. Der Kaiser wohnte dem Diner auf der „Columbia“ nicht bei, sondern ist nach dem gegen fünf Uhr erfolgten Einlaufen des „Meteor“ als erstem Boot „vor an Bord der „Hohenzollern“ gegangen. Heute Vormittag sollte eine Besichtigung der auf der Reede liegenden Festungsschiffe stattfinden, wozu die „Hohenzollern“ nach Helgoland in See gehen wird. - In v. A. G. Gelsen und auf dem Ruhrberg ein von ungefähr 3000 Theilnehmern besuchtes großes deutsches Volksfest statt, welchem Admiral Hollmann, Viceadmiral Schärer und Geh. Rath Prof. Dr. Schweninger, die mit dem Geh. Rath Knapp-Fries zum Besuche des Abgeordneten Seibler hier angekommen sind, beiwohnten.

Wien. Kaiser Franz Joseph empfing gestern den deutschen Botschafter Grafen Calenberg in besonderer Audienz. Wien. Aus Athen wird gemeldet, der Schatz sei leer und das Volk strübe sich zur Zahlung weiterer Abgaben zum Unterhalt der 17,000 diensttunenden Soldaten. Es sollen nur noch für wenige Tage Mittel vorhanden sein, welche von einigen griechischen Bankiers unter schweren Opfern beschafft wurden. Prag. Wegen den hiesigen deutsch-nationalen Verein wurde wegen Aufrufs zur Theilnahme an der Verammlung des alldeutschen Verbands in Leipzig die behördliche Untersuchung eingeleitet. In Brünn wurde gegen den Krankenschwartz Dr. Wargentin, der in einer Arbeiterversammlung nach dem deutschen Reichstagsabgeordneten Wolfenbühl über den böhmisches Erlaß wegen Ueberwachung der politischen Verammlungen sprach, worauf die Verammlung aufgelöst wurde, die Untersuchung wegen Störung der öffentlichen Ruhe eingeleitet.

Paris. Der Vizepräsident Depine stürzte heute bei der Besichtigung eines Varietetheaters aus einer Höhe von 3 Metern herab und erlitt ziemlich schwere Verletzungen, jedoch er nach seiner Wohnung gebracht werden musste. - Die Deputirtenkammer nahm heute eine Vorlage an, durch welche die durch die Telegraphenkonferenz in Paris festgesetzten Tarife für Frankreich genehmigt werden, sowie ferner eine Vorlage, wonach die für Frankreich mit Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, dem Deutschen Reich, der Schweiz und Russland abgeschlossenen Telegraphenverträge genehmigt werden.

Rom. General Morozzo della Rocca, der älteste Offizier der italienischen Armee, hat anlässlich seines 80. Geburtstags ein Telegramm des deutschen Kaisers erhalten, in welchem der Kaiser dem General seine wärmsten Glückwünsche übermittelt und die Hoffnung ausdrückt, dass die Dienste des Generals seinem König und seinem Vaterland noch lange Jahre erhalten bleiben.

Triumph-Seife  
für Toilette  
und Haarschmuck